

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Moderne Wirtschaftspolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1995) : Moderne Wirtschaftspolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 10, pp. 514-515

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137282>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Moderne Wirtschaftspolitik?



Hans-Hagen Härtel

Mit seiner Bemerkung, in der Auseinandersetzung über den Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik gehe es nicht um CDU-Politik oder SPD-Politik, sondern um moderne oder unmoderne Politik, hat der niedersächsische Ministerpräsident Schröder seine Abdankung als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD provoziert, ohne daß die SPD-Führung den Konflikt in der Sache geklärt hat. Die These, es gehe nicht um CDU-Politik oder SPD-Politik, hat ihren wahren Kern darin, daß zwar Konsens über die Notwendigkeit besteht, die deutsche Wirtschaft zur Verteidigung der hohen Löhne und Sozialstandards im internationalen Wettbewerb ständig zu modernisieren, daß sich die Parteien aber schwer tun, ein klares wirtschaftspolitisches Profil zu entwickeln. Dies hängt damit zusammen, daß die Auffassungsunterschiede und Interessengegensätze innerhalb der Parteien größer sind als zwischen ihnen und daß sich die Parteien im Wettbewerb um das gleiche Wählerreservoir scheuen, angestammte und potentielle Wähler zu verprellen.

Auch Schröder sagt freilich nicht, wie er sich die moderne Wirtschaft vorstellt und wie eine Modernisierung gegen Besitzstandsansprüche durchgesetzt werden soll. Mit dem Etikett „moderne“ Wirtschaftspolitik ist vielmehr eine andere Form der Wirtschaftspolitik gemeint, nämlich die Nutzung des Dialogs zwischen den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft, die sich zu diesem Zweck auf Branchengipfeln treffen. Diesem durchaus populären „Modell des runden Tisches“ liegt die Vorstellung zugrunde, daß alle, die die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren Entscheidungen beeinflussen, sich abstimmen und nach Möglichkeiten des Konsenses suchen sollen.

Neu ist diese Form der Wirtschaftspolitik allerdings nicht, auch nicht in Deutschland. Nach der ersten Rezession im Jahre 1967 wurde von der Regierung der großen Koalition die „Konzertierte Aktion“ ins Leben gerufen. Ihr Erfinder, der damalige Bundeswirtschaftsminister Schiller, verfolgte mit dieser Institution eine wohldurchdachte Konzeption. In der Erkenntnis, daß unter der Voraussetzung der Tarifautonomie Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung nur miteinander vereinbar sind, wenn die Entscheidungen der wirtschaftspolitischen Instanzen und die Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien miteinander kompatibel sind, lud der Bundeswirtschaftsminister die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft an einen Tisch. Das Ziel der Zusammenkunft war es, durch Information über die gegenseitigen Absichten eine Abstimmung zwischen Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik zu erreichen. Zumindest sollte vermieden werden, daß die Verantwortlichen aus Unkenntnis oder Fehleinschätzung über die gegenseitigen Absichten miteinander ungewollt in Konflikt geraten.

Die Konzertierte Aktion erwies sich indessen als nicht lebensfähig, weil die Teilnehmer nicht willens und nach Gesetz und Satzung auch gar nicht in der Lage waren, verbindliche Verabredungen zu treffen. Überdies neigt in einer solchen Konstellation jeder ganz zwangsläufig zu strategischem Verhalten, nämlich zum Versuch, vom anderen Informationen und Zusagen zu erhalten, ohne sich selbst zu binden und in die Karten schauen zu lassen. Zugleich schieben sich die Dialogpartner die Verantwortung, die nach der Idee gemeinsam getragen werden sollte, gegenseitig zu.

Die Lehre aus dem Scheitern der Konzertierten Aktion bestand für die Stabilitätspolitik darin, daß der Respekt vor der Entscheidungsautonomie eine Zuweisung der Verantwortung erfordert. Die Bundesbank sollte fortan für die Stabilität des Geldwertes verantwortlich sein, die Wirtschaftspolitik hatte für wachstumsfreundliche Bedingungen zu sorgen und den Tarifparteien wurde auferlegt, mit ihren Vereinbarungen die Rentabilität der Arbeitsplätze zu gewährleisten. Zur Vermeidung von Konflikten aus Unkenntnis und Fehleinschätzung sollten Geldpolitik und Finanzpolitik zudem vorhersehbar sein.

Man mag nun einwenden, daß sich die „Dialoge“ auf Branchenebene von der konzertierten Aktion unterscheiden und Kontakte zwischen Vertretern aus Politik und Wirtschaft, die es stets gegeben hat, zur gegenseitigen Information sinnvoll und notwendig sind. Ein Dialog ist aber stets mehr als ein Informationsaustausch, er zielt auf eine Verständigung zwischen den Dialogpartnern. Ein Dialog zwischen Entscheidungsträgern zielt formell oder informell auf Abstimmung von Handlungen, also auf eine konzertierte Aktion. Der Informationsaustausch dient hierbei stets auch der gegenseitigen Einflußnahme. War Schillers Konzertierte Aktion der Versuch, ein ganz konkretes Problem, nämlich einen genau definierten Konflikt zwischen Wirtschaftspolitik und Tarifpolitik zu lösen, so gibt es hinsichtlich der Funktion und Wirkung von konzertierten Aktionen auf der Branchenebene bislang keine vergleichbare Konzeption.

Versucht man, eine solche Konzeption aus dem Verlauf der beiden Branchengipfel zu erschließen, auf denen sich Politiker und Vertreter der deutschen Automobilindustrie und des deutschen Luft- und Raumfahrzeugbaus getroffen haben, so scheint es nicht nur um Informationsaustausch zu gehen, sondern auch um den Versuch, zwischen Politik und Industrie zu Vereinbarungen zu kommen. So stellten die Vorstandsvorsitzenden der drei „deutschen“ Automobilkonzerne die Entwicklung eines „Drei-Liter-Autos“ in Aussicht, während sich die Ministerpräsidenten der drei Sitzländer dafür einsetzen wollen, auf ein Tempolimit auf Autobahnen und eine weitere fiskalische Belastung des Kraftstoffes zu verzichten.

Wenn derartige Verabredungen tatsächlich das Ziel des Dialogs sind, dann ist sein Scheitern in einem noch stärkeren Maße vorherbestimmt als bei Schillers Konzertierter Aktion. Die deutschen Automobilhersteller sind sicherlich technisch in der Lage, ein „Drei-Liter-Auto“ zu konstruieren, können aber nicht gewährleisten, daß es auch gekauft wird. Sie haben ja auch nicht angeboten, nur „Drei-Liter-Autos“ zu produzieren, und die Politiker haben auch nicht angekündigt, daß in Deutschland künftig nur noch derartige Automobile zugelassen werden.

Im Dialog mit dem deutschen Luft- und Raumfahrzeugbaukonzern Daimler-Benz Aerospace versuchten die Politiker, insbesondere die Vertreter der betroffenen Bundesländer, das Unternehmen zu veranlassen, auf seine Pläne zur Schließung von Produktionsstätten und zum Abbau von Arbeitsplätzen zu verzichten. Das Unternehmen ist dazu nur bereit, wenn der Staat als Auftraggeber von Militärflugzeugen den notwendigen Absatz garantiert und bei zivilen Flugzeugen und Raumfahrzeugen Subventionen zur Produktentwicklung und zur Absicherung von Währungsrisiken gewährt. Dieser „Dialog“ wird aber geführt, seit es in Deutschland eine Luft- und Raumfahrzeugindustrie gibt.

Hinter der Idee des Dialogs steht letztlich die Vorstellung, daß sich Konflikte durch Konsens lösen lassen. Das Konsensmodell basiert aber auf der Existenz gleichgerichteter Interessen. Von Interessengleichheit zwischen Wirtschaft und Politik kann jedoch keine Rede sein. Unternehmen haben ihr Interesse an ihrem eigenen Überleben, und die Politiker sind für das Wohlergehen des Gemeinwesens verantwortlich. Gleichwohl zeigt die Nationalökonomie, wie die Politik das Streben der Unternehmen nach Wettbewerbsfähigkeit dazu nutzen kann, die Wohlfahrt eines Landes zu verbessern. Es ist die altmodische Trennung der beiden Sphären einzuhalten. Die Politiker setzen wachstumsfreundliche Bedingungen und werden durch Öffentlichkeit und Wahlen kontrolliert. Die Unternehmen nehmen die Politik als Datum und versuchen, im Wettbewerb ihre Produkte zu verbessern und ihre Kosten zu senken. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß in Deutschland das Konsensmodell nach japanischem Muster als Innovation in dem Moment propagiert wird, in dem Japans Politik und Wirtschaft in eine schwere Krise geraten sind.